

# Kurzinformationen

## Johannes Paul II. kritisiert Vorbereitungen zur UN-Weltbevölkerungskonferenz

Zum wiederholten Mal hat Johannes Paul II. Besorgnis und Kritik geäußert gegenüber den Vorbereitungen zur *Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung* im September in Kairo. In einem am 14. April in Rom veröffentlichten Schreiben an alle Staatsoberhäupter der Welt moniert der Papst (Das Schreiben trägt das Datum vom 19.3.94; Text in OR, 15.4.94), in dem Entwurf für das Schlußdokument der Weltbevölkerungskonferenz fehlten wichtige ethische Aspekte, die letztlich über den Aufbau oder die Zerstörung einer Gesellschaft entschieden. Dies betreffe insbesondere die Ausführungen zur Familie, zur Weitergabe des Lebens, zum Schwangerschaftsabbruch sowie zu materieller und moralischer Entwicklung. In dem Text, so ein weiterer Kritikpunkt, fehle der Bereich der „Entwicklung“ nahezu ganz. Als einzige Antwort auf die demographische Frage werde nur auf die Förderung eines Lebensstils verwiesen, dessen Konsequenzen sich als besonders negativ herausstellen dürften. Der Textentwurf vermittle den bitteren Eindruck, daß er vom Lebensstil einer entwickelten, materiell reichen und säkularisierten Gesellschaftsschicht ausgehe. Die Staatsoberhäupter sollten sich für eine tiefere und differenziertere Vorbereitung der UN-Konferenz einsetzen. Nachdrücklich fordert der Papst die Adressaten zum *Schutz der Familie* auf. Bereits am Ostersonntag hatte Johannes Paul II. in seiner Botschaft vor dem Segen „Urbi et Orbi“ das Schreiben angekündigt: An dem Tag der Freude und des Lichtes weiche die Kultur des Todes zurück, die den Menschen erniedrige, weil sie die schwächste und gebrechlichsten Geschöpfe nicht respektiere und regelrecht verachte, die heilige Würde der Familie,

das Herz der Gesellschaft und der Kirche außer Kraft zu setzen. Während der Mittwochsaudienz in der Osterwoche griff der Papst den Begriff der Kultur des Todes erneut auf und warnte, das Internationale Jahr der Familie könnte leicht zu einem Jahr gegen die Familie werden, wenn sich die Kairoer Bevölkerungskonferenz die Vorbereitungspapiere zueigen machen würde. Mitte Dezember hat im Vorblick auf die UN-Konferenz die Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz eine Stellungnahme zu Fragen des Bevölkerungswachstums veröffentlicht (vgl. HK, Januar 1994, 12f.).

## Der Vertrag über die Errichtung des Bistums Magdeburg wurde unterzeichnet

Als erster katholischer Staat-Kirche-Vertrag in den neuen Bundesländern wurde am 13. April der Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und den Ländern Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen über die Errichtung des Bistums Magdeburg unterzeichnet. Damit ist der erste Schritt zur *Neuordnung der kirchlichen Strukturen* erfolgt, die nach dem Beitritt der früheren DDR zur Bundesrepublik in Angriff genommen wurde. In den neuen Ländern werden drei neue Bistümer errichtet: Magdeburg, Erfurt und Görlitz, Berlin wird zum Erzbistum erhoben, das bisherige Bischöfliche Amt Schwerin wird Teil des neuen „Nordbistums“ Hamburg. Das Gebiet des neuen Bistums Magdeburg gehörte bislang zum Erzbistum Paderborn. Der weitaus größte Teil des Bistumsgebiets gehört zum Bundesland Sachsen-Anhalt; kleinere Teile zu Brandenburg und zum Freistaat Sachsen. Nach Artikel 3 des jetzt unterzeichneten Vertrags erfolgt die Besetzung des Magdeburger Bischöflichen Stuhls gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Konkordats mit Preußen von 1929. Das bedeutet, daß das Magdeburger Domkapitel den Bi-

schof aus einer vom Heiligen Stuhl zusammengestellten Dreierliste wählt. Auch für die Besetzung der Kanonikate des Domkapitels gelten in Magdeburg nach Artikel 4 des Errichtungsvertrags die Bestimmungen des Preußenkonkordats. Das Domkapitel wird aus dem Domprobst, vier residierenden und drei nichtresidierenden Domkapitularen bestehen. In Artikel 6 wird festgehalten, daß ein vom Magdeburger Bischof errichtetes Diözesanseminar die Eigenschaft einer staatlich anerkannten Hochschule erhalten kann. Artikel 7 besagt, daß die Regelung der *Staatsleistungen* an das Bistum Magdeburg den weiteren Verträgen zwischen den betroffenen Ländern und der Katholischen Kirche vorbehalten bleibt; Artikel 8 enthält die in Staat-Kirche-Verträgen übliche „Freundschaftsklausel“: „Die Vertragsschließenden werden zwischen ihnen etwa entstehende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beilegen.“ Das neue Bistum Magdeburg wird der Kirchenprovinz Paderborn zugeordnet. Im Schlußprotokoll wird festgehalten, daß das neue Bistum als Rechtsnachfolger alle Einrichtungen des Erzbistums Paderborn auf seinem Territorium übernimmt.

## Vatikan sagt Libanon-Reise von Johannes Paul II. ab

Johannes Paul II. wird nicht, wie ursprünglich geplant, Ende Mai dem Libanon einen Besuch abstatten. Der Vatikan ließ verlauten, daß man es nach Abstimmung mit den Patriarchen und den katholischen Bischöfen des Landes sowie mit der libanesischen Regierung wegen der gespannten Lage des Landes für zweckmäßig halte, auf einen günstigeren Moment für den Pastoralbesuch zu warten. Ein neuer Termin für die Reise wurde nicht genannt. Im März hatten sich Attentate

und versuchte Anschläge im Libanon gehäuft. Beobachter sahen darin einen Zusammenhang mit dem geplanten Papstbesuch. Ende Februar hatte eine Bombe in einer maronitischen Kirche nördlich von Beirut zehn Gottesdienstbesucher getötet und 60 weitere verletzt. Anfang März wurde in Juniyah ein Sprengstoffanschlag auf ein christliches Kulturinstitut in letzter Minute vereitelt. In seiner Osterbotschaft, die – wie Beobachter feststellten – wie eine „politische Bombe“ (La Croix, 6. 4. 94) einschlug, warf der maronitische Patriarch *Nasrallah Sfeir* dem libanesischen Staat Parteilichkeit zuungunsten der Christen im Lande vor. Die Vereinbarung von Taif von 1989 werde nicht respektiert. Sfeir äußerte sich besorgt über die Zukunft der Christen im Libanon und geißelte die Unausgewogenheit in der Verteilung der Rollen im Staat: „Der Staat hat die Bürger nicht gleich behandelt. Er hat den Christen nicht das Gefühl gegeben, daß er sie so schützt wie die anderen.“ Er sprach von 350 000 Verschleppten, die noch nicht wieder nach Hause zurückgekehrt seien. Die Entwaffnung der Bevölkerung sei nicht allgemein gewesen und erinnerte daran, daß mehrere maronitische Führer sich noch im Exil aufhielten. Sfeir beklagte die Verletzung der Menschenrechte im Fall von Gefangenen durch die Sicherheitsdienste und die Beschränkung der Informationsfreiheit. Wenige Tage vor der Ausstrahlung waren politische Sendungen drastisch eingeschränkt und die ehemalige christliche Miliz der *Forces Libanaises (FL)* aufgelöst worden.

## Unruhen in Ruanda fordern zahlreiche Opfer unter Priestern, Ordensleuten und Gläubigen

Die Ermordung der Staatsoberhäupter der beiden ostafrikanischen Staaten Burundi und Ruanda hat den seit Jahren andauernden grausamen Stammeskonflikt in Ruanda wieder neu angefacht. Die Präsidenten *Juvénal Habyarimana* (Ruanda) und *Cyprien Ntaryamira* (Burundi) kamen am 6. April bei

einem Flugzeugabsturz ums Leben, dessen genaue Umstände bisher ungeklärt sind. In beiden Ländern stehen sich Mehrheiten der Hutu Minderheiten der Tutsi gegenüber. Die Ermordung der beiden Präsidenten lösten in Ruanda Racheakte der Hutu an den Tutsi aus. Bei den Massakern unter der Zivilbevölkerung kam es Berichten zufolge in den Straßen der ruandischen Hauptstadt Kigali zu einer regelrechten *Jagd auf Priester und Ordensleute*. Pressemeldungen sprechen in einem Fall von 17 Priestern und elf Ordensfrauen, die getötet wurden, in einem anderen von drei getöteten Priestern, einem Ordensbruder und 25 Lehrern eines Knabenseminars. Die Bischöfe Ruandas nehmen wegen der politischen Lage ihres Landes nicht an der Sondersynode für Afrika teil. Die Afrikasynode forderte die kämpfenden Parteien auf, ihre Waffen niederzulegen und im Dialog eine Verhandlungslösung zu suchen. In einem am 14. April veröffentlichten Appell versuchten die Bischöfe auf alle in Frage kommenden Organisationen und Persönlichkeiten innerhalb wie außerhalb Afrikas einzuwirken, ihren Einfluß für Versöhnung, Vergebung und Frieden in dem ostafrikanischen Land geltend zu machen. Der Synodenappell war eine Antwort auf ein Telegramm des Sekretariats der ruandischen Bischofskonferenz, in dem auch über die große Zahl an Opfern unter Priestern und katholischen Laien berichtet wurde.

## Manifest amerikanischer Kommunitaristen zur Lage ihres Landes

Mit den Worten: „Wenn sich immer mehr Amerikaner zusammenschließen und aktive Gemeinschaften bilden, um die moralische und soziale Ordnung zu stärken, werden wir in der Lage sein, mit den Problemen unserer Gemeinschaft besser fertig zu werden und uns weniger auf staatliche Regelungen, Kontrollen und Autorität zu verlassen“, schließt ein Text einer „Responsive Communitarian Platform“, der vom „Communitarian Network“ an der

George Washington University Ende vergangenen Jahres veröffentlicht wurde. Unter den Unterzeichnern der in weiten Teilen von dem prominenten „Kommunitaristen“ *Amitai Etzioni* formulierten manifestartigen Erklärung befinden sich auch der Politikberater *Francis Fukuyama*, der Nationalökonom *Albert O. Hirschman*, der Soziologe *David Riesman* und die Feministin *Betty Friedan*. (Die FAZ hat in ihrer Ausgabe vom 8. März wesentliche Teile des Textes abgedruckt.) Angesichts einer Situation der tiefen moralischen Krise, die durch die Auflösung des Netzes gesellschaftlicher Strukturen wegen der ausschließlichen Verfolgung privater Interessen, die Bedrohung moralischer Normen durch Selbstsucht und Raffgier, die Ablösung der persönlichen und gemeinschaftlichen Verantwortung durch staatlichen Druck und die weitverbreitete Entfremdung vom öffentlichen Leben geprägt sei, fordern die Autoren die *Rückbesinnung auf ein wichtiges Kapitel der amerikanischen Gesellschaft*, die vielen Gemeinschaften, lokalen Verbänden, gesellschaftlichen, religiösen und ethnischen Vereinigungen und die aus ihnen hervorgegangenen moralischen Instanzen. Angestrebt wird ein Gleichgewicht zwischen Individuen und Gruppen, Rechten und Verantwortlichkeiten wie auch zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Um moralischen Grundlagen der Vereinigten Staaten wiederherzustellen und die Einstellung zu den Individuen und deren Rechten in ein besseres Verhältnis zu persönlichem und kollektivem Verantwortungsbewußtsein zu bringen, müsse bei den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft begonnen werden. Damit wenden sich die Autoren besonders der *Familie* und den *Erziehungs- und Bildungsinstitutionen* zu, vor allem mit der Forderung, der moralischen Erziehung wieder die notwendige Priorität zu gewähren. Deren Inhalte müßten die „Werte der Amerikaner“ sein wie zum Beispiel, daß die Würde aller Menschen zu achten, Toleranz eine Tugend und Diskriminierung verwerflich, die friedliche Lösung der gewaltsamen überlegen seien.